



- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung

Neue Jodtabletten für den Katastrophenschutz / Start der Ausgabe von 12,9 Millionen Jodtabletten an Stadt- und Landkreise

31.07.2020

Basierend auf den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission planen die Regierungspräsidien in Baden-Württemberg Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, um für einen eventuellen kerntechnischen Unfall vorbereitet zu sein.

Eine dieser Schutzmaßnahmen ist die sogenannte Jodprophylaxe – die Jodblockade der Schilddrüse mit speziellen Jodtabletten: Falls bei schweren Unfall in einem Kernkraftwerk radioaktives Jod austritt, kann dieses Jod durch Einatmen vom Körper aufgenommen und in der Schilddrüse gespeichert werden. Damit die Menschen im unwahrscheinlichen Fall eines solchen Unfalls davor geschützt werden, planen die Katastrophenschutzbehörden das Verteilen spezieller Jodtabletten, die das Einlagern von radioaktivem Jod in der Schilddrüse verhindern. Bei rechtzeitiger Einnahme von Jodtabletten ist die Schilddrüse bereits mit nicht-radioaktivem Jod gesättigt, bevor radioaktives Jod durch Einatmen aufgenommen werden kann. Das schützt vor einer erhöhten Gefahr, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken.

„Wir entwickeln auf Basis der Rahmenempfehlungen des Innenministeriums Baden-Württemberg und der Empfehlungen der Strahlenschutzkommission gemeinsam mit den beteiligten Stadt- und Landkreisen abgestimmte Konzepte, um die neuen Jodtabletten in der Fläche vorzuhalten und für deren Ausgabe im Bedarfsfall vorzusorgen. Die Umsetzung der Jodprophylaxe ist ein wichtiges Etappenziel in der Katastropheneinsatzplanung des Regierungspräsidiums Stuttgart zum Schutz der Bevölkerung“, so Regierungspräsident Wolfgang Reimer.

Seit Anfang des Jahres 2020 läuft der Beschaffungsprozess des Bundes für neue Jodtabletten, um die vorhandenen Bestände zu erneuern. Für den Regierungsbezirk Stuttgart sind rund 12,9 Millionen Jodtabletten vorgesehen, die anhand der Bevölkerungszahlen an die Stadt- und Landkreise verteilt werden. Auch ein möglicher Mehrbedarf für Personen, die sich nur vorübergehend in den Kommunen aufhalten, zum Beispiel Pendler, Studierende oder Touristen, wird in den Planungen berücksichtigt.

Zukünftig werden die Jodtabletten im gesamten Regierungsbezirk ortsnahe und dezentral gelagert, um den Bereitstellungsprozess, die Ausgabe der Jodtabletten an die Bevölkerung im Bedarfsfall zu verkürzen.

In der ersten Augustwoche werden im Regierungsbezirk Stuttgart die ersten Chargen der Jodtabletten für die Stadt- und Landkreise angeliefert. Die Anlieferung und Verteilung im Regierungsbezirk erstreckt sich aus logistischen Gründen über einen Zeitraum von vier Wochen. Erst wenn die Jodtabletten für die Bevölkerung planungsgemäß in den Stadt- und Landkreisen im Regierungsbezirk angekommen sind, werden die Altbestände vernichtet.

In Baden-Württemberg wird derzeit noch ein Kernkraftwerk, das EnBW-Kernkraftwerk Neckarwestheim, GKN II im Regierungsbezirk Stuttgart betrieben.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unter <https://www.jodblockade.de/>.

Hintergrundinformation:

Empfehlungen der Strahlenschutzkommission:

Die Rahmenempfehlungen der Strahlenschutzkommission für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen umfassen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und werden durch den Arbeitskreis V (Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung) der Innenministerkonferenz der Länder in Handlungsempfehlungen und Konzepten konkretisiert und vom jeweiligen Innenministerium landeseinheitlich umgesetzt. Die Strahlenschutzkommission ist ein unabhängiges Beratungsgremium aus 14 Experten auf den Gebieten Strahlenrisiko, Strahlenschutz in der Medizin, Radioökologie, Strahlenschutztechnik, Notfallschutz, Nichtionisierende Strahlen, Strahlenschutz bei Anlagen. Sie berät das zuständige Bundesumweltministerium in den Angelegenheiten des Schutzes vor den Gefahren ionisierender und nichtionisierender Strahlen.

Kategorie:

Abteilung 1 Bevölkerungsschutz Gesundheitsschutz Regierungspräsident Strahlenschutz